

In diesem Newsletter finden Sie:

- » Aktuelles aus Straßburg
- » Aktuelles aus dem Rat
- » Aktuelles aus den Ausschüssen
- » Aktuelles aus den Delegationen
- » Aktuelles aus dem Wahlkreis
- » Was macht eigentlich das Büro von MdEP...?
- » Termine - Rückschau
- » Termine - Vorausschau
- » Aus dem "EU-Jargon"
- » Kontakt & Impressum

Aktuelles aus Straßburg

Kampf gegen Kinderpornographie

Am 27. Oktober verabschiedete das Europäische Parlament einen mit dem Rat ausgehandelten Kompromiss über die Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und sexuellen Ausbeutung von Kindern sowie der Kinderpornographie. Die zentrale Forderung der Liberalen, der Verbreitung und dem Handel solcher Inhalte im Internet nicht durch die Einrichtung einer EU-weiten Sperrinfrastruktur zu begegnen, konnte darin durchgesetzt werden. Verbindlich geregelt wird hingegen, dass Mitgliedstaaten Internetseiten mit Darstellungen des sexuellen Missbrauchs von Kindern löschen - weitergehende Maßnahmen (damit sind bspw. Sperren gemeint) liegen in der Verantwortung der Mitgliedstaaten.

Es sollte jedem klar sein, dass wahrer Opferschutz nur durch das konsequente Löschen von Darstellungen des sexuellen Missbrauchs von Kindern erreicht werden kann. Dazu muss nun auch die internationale Zusammenarbeit verstärkt werden, denn oft stehen Inhalte auf Servern, die außerhalb der EU gehostet werden. Dennoch stellen Online-Maßnahmen nur einen Teil der Richtlinie dar. Denn die Richtlinie zielt hauptsächlich auf Opferschutz und Prävention in der offline-Welt ab. Neben schonend durchgeführten Ermittlungsverfahren und Anhörungen sollen die Opfer ein Anrecht auf Rechtsberatung haben. Für rückfallgefährdete Täter soll es Interventionsprogramme bzw. auf bestimmte Felder bezogene Berufsverbote geben.

Richtlinie über die Anerkennung und den Status von Flüchtlingen

Am 27. Oktober nahm das Europäische Parlament die sogenannte Qualifikationsrichtlinie an. Sie soll EU-weit regeln, anhand welcher gemeinsamer Kriterien ein Asylantragsteller als solcher identifiziert werden kann. Nach langen Verhandlungen mit dem Rat konnte somit der erste von fünf Gesetzestexten im sogenannten Asylpaket verabschiedet werden, in dem Maßnahmen enthalten sind, die das gemeinsame Asylsystem bis 2012 verwirklichen sollen. Als Schattenberichterstatterin der Richtlinie habe ich mich für mehr Rechte für Kinder, eine faire Sprachpolitik und mehr Aufmerksamkeit für Geschlechtsfragen im Asylantragsverfahren eingesetzt.

Mündliche Anfrage zur Neuansiedlung

Die politischen Unruhen des Arabischen Frühlings haben viele Menschen in unseren Nachbarstaaten südlich des Mittelmeers zu Flüchtlingen gemacht. In den großen Flüchtlingslagern in Tunesien und Ägypten warten

Editorial



Liebe Leserinnen und Leser,

trotz Euro-Krise und Ratstreffen muss auch das politische Leben jenseits dieser Themen weitergehen.

Diese Woche standen im Europäischen Parlament wichtige Abstimmungen an: EU-weite Sperren von Internetseiten sind jetzt endlich vom Tisch. Auf dem Weg zu einem gemeinsamen Asylsystem, auf dessen Einrichtung sich alle Mitgliedstaaten bis 2012 geeinigt haben, sind wir einen kleinen Schritt weitergekommen.

Darüber hinaus möchte ich Ihnen über mehrere Veranstaltungen zu meinen Ausschüssen berichten.

Heute finden Sie auch wieder ein Interview mit einer Kollegin, die uns ihre europäische Sichtweise zu Themen vom Mutterschutz über die Datensicherung bis hin zur griechischen Schuldenkrise schildert.

Bei der Lektüre wünsche ich Ihnen viel Vergnügen.

Nadja Hirsch

Newsletter aus Europa No. 24 (Oktober 2011)

ca. 5.000 Menschen auf ein Zeichen der Solidarität der EU und einen Neubeginn durch Neuansiedlung in einem der 27 Mitgliedstaaten. Leider ist das EU-Neuansiedlungsprogramm immer noch nicht beschlossene Sache, da der Rat die Verhandlungen blockiert. Um den Rat aufzufordern, diese Blockadehaltung endlich aufzugeben, habe ich zusammen mit weiteren Abgeordneten am 26. Oktober eine sogenannte Anfrage zur mündlichen Beantwortung an den Rat gestellt, die sie [hier](#) einsehen können.

Aktuelles aus dem Rat

Funkfrequenzpolitik

Rat und Europäisches Parlament sind sich noch immer uneins darüber, wie Funkfrequenzen für das mobile Breitband verteilt werden sollen. Die polnische Ratspräsidentschaft hatte gehofft, bis 18. Oktober eine Einigung zu erzielen, so dass das Thema im Rat für Telekommunikation Mitte Dezember diskutiert werden kann - das ist nun unwahrscheinlich.

Polen wie auch die liberale Kommissarin Neelie Kroes befürchten, dass die EU Wettbewerbsnachteile zu befürchten hat, wenn das Breitbandinternet angesichts einer zu erwartenden Verzehnfachung der Internetverkehrs zwischen 2010 und 2015 nicht ausgebaut wird. Zudem ist unwahrscheinlich, dass die EU das Ziel der Digitalen Agenda erreicht, bis 2020 alle Haushalte mit schnellem Internet von 30 Mbit/s bzw. 50% der Haushalte mit 100 Mbit/s zu versorgen.

Das Europaparlament forderte daher, bis 2013 die sog. Digitale Dividende an Breitband-Provider zu vergeben (das 800 MHz-Band, das durch die Umstellung von analogem auf digitales Fernsehen frei geworden ist). Die Mitgliedstaaten wiederum wollen sich nicht in die Funkfrequenzpolitik reinreden lassen. Sie befürchten, dass ihnen selbst Gewinne aus der Funkfrequenzverteilung entgehen könnten und dass die Kommission Ansprüche auf weitere Frequenzen erheben könnte.

Ziel des Programms über die Funkfrequenzpolitik ist, EU-weit gleiche Regeln über die Vergabe von Frequenzen einzuführen, einschließlich einer Frist, bis zu der die Digitale Dividende für das Breitbandinternet freigegeben werden soll. Deutschland und Schweden haben dies bereits getan.

Aktuelles aus den Ausschüssen

CULT: Veranstaltung zu Werbung



Mehr Bilder: http://www.media-lounge.eu/photos/media_lounge_2011/

Am 19. Oktober kamen Vertreter der Werbebranche in der "Media Lounge", die bereits zum zweiten Mal stattfand, zusammen. Dort treffen Praktiker auf Politiker. In diesem Jahr ging es darum, eine Vision der Werbebranche für 2020 vorzustellen und dabei die Wichtigkeit der Branche für Innovation und Wachstum in der EU darzustellen. Als Schirmherrin der Veranstaltung und medienpolitische Sprecherin der FDP im Europäischen Parlament hatte ich die Gelegenheit, meine Gedanken über die Werbebranche und deren Zukunftsfähigkeit kurz darzustellen.

Werbung ist nicht nur ein sehr innovativer Sektor, sondern ist selbst Motor für

Innovation. Schon lange finden wir Werbung nicht mehr nur in der Zeitung oder in TV-Werbeblöcken: Wir haben crawl messages, split screens, interaktive Banner, Werbung vor Video-Streams, auf unseren Smart-Phones, aber auch auf Flugzeugen, Einkaufswägen, Quittungen. Auch ganz neue Formen wie Guerilla Marketing oder

Die vollständige Rede
auf Englisch können
Sie [hier](#) einsehen



Newsletter aus Europa No. 24 (Oktober 2011)

Advergaming (gesponsorte online Spiele, oder Spiele, die eigentlich Werbung sind) haben ihren Einzug in die Werbung genommen. Die Einnahmen von Werbung werden fast immer zur Refinanzierung von Inhalten (darunter Entertainment, Information, etc.) verwendet - und häufig kostenlos zur Verfügung gestellt. Da Werbung und Handel auf alle möglichen Verteilungskanäle zurückgreifen - nicht zuletzt das Internet - besteht zudem Druck auf Regierungen und Anbieter, den Breitbandausbau voranzutreiben, um den Bürgern Teilhabe am sozialen und wirtschaftlichen Leben zu ermöglichen.

LIBE: Veranstaltung zu Menschenhandel

Schätzungen zufolge werden jedes Jahr zehntausende Menschen in die EU verschleppt und zu Arbeitszwecken oder Prostitution ausgebeutet. Die UN geht davon aus, dass es der drittlukrativste Bereich des illegalen Handels nach Drogen- und Waffenschmuggel ist. Besonders im Baugewerbe, der Landwirtschaft und in privaten Haushalten kommt es zur Ausbeutung. Jedes Jahr am 18. Oktober erinnert der EU-Tag gegen den Menschenhandel an die Situation der Opfer, die mitten unter uns leben. In diesem Jahr lud ich als integrationspolitische Sprecherin der FDP im EP in Zusammenarbeit mit Vertretern der Zivilgesellschaft zu einer Veranstaltung ein, die speziell das Problem der Identifizierung und des Schutzes der Opfer aufgreift.



Die vollständige Rede auf Englisch können Sie [hier](#) einsehen



Dabei ist Menschenhandel nichts anderes als moderne Sklaverei und ein profitables Geschäft für das organisierte Verbrechen. Darauf habe ich schon bei der Ausarbeitung der Meinung der Liberalen zu der seit April 2011 in Kraft getretenen Richtlinie hingewiesen. Zwangsarbeit und -prostitution sind in der EU weitaus verbreiteter als mancher wahrhaben mag. Dennoch ist das Wissen darüber, wer diese Menschen sind und wie man sie erkennen kann, in der Bevölkerung sehr gering. Wir müssen aber vermeiden, dass die Opfer ein zweites Mal bestraft werden, indem sie als illegal abgestempelt und abgeschoben werden, oder indem wir unsere Augen vor diesem Problem verschließen.

EMPL: Veranstaltung zur Sozialpolitik

Am 6. Oktober führte ich mit Mitgliedern des Arbeitskreises Wirtschaft der FDP Auslandsgruppe eine Diskussion zum Thema "Sozialpolitik - die vergessene Seite des Liberalismus?"

Sozialpolitik ist klarer Bestandteil des Liberalismus und somit Thema der FDP. Daher müssen wir dafür sorgen, entsprechend wahrgenommen zu werden. Unsere Wähler sind nicht nur Unternehmer, Gutverdienende und Hochgebildete. Sie sind Menschen mit Familie, Verpflichtungen und Problemen, die sich möglicherweise abends, wenn sie im Bett liegen, Gedanken darüber machen, was passiert, wenn es sie einmal trifft: mit Arbeitslosigkeit, Schulden, Gesundheitsproblemen. Und was dann mit ihnen, ihren Familien, der eigenen Firma, dem Haus geschieht.



Wenn die FDP als Partei auf diese Sorgen nicht eingeht, kann das ein Grund für sinkende Wahlergebnisse sein. Wir müssen uns aktiv in der Sozialpolitik engagieren, dafür sorgen, dass wir nicht nur als diejenigen wahrgenommen werden, die erst blockieren und dann vielleicht irgendwann nachgeben - so wie es etwa beim Thema Mindestlohn der Fall war. Wenn wir das Thema Sozialpolitik aktiv angehen, können wir dafür sorgen, diese liberal auszugestalten. Wir müssen Ansprechpartner sein für diejenigen, die vielleicht vorübergehend auf Hilfe angewiesen sind und ihnen Unterstützung bieten, damit sie nach einem Rückschlag

Newsletter aus Europa No. 24 (Oktober 2011)

wieder auf die Beine kommen. Gleichzeitig müssen wir akzeptieren, dass es Menschen gibt, die nicht in der Lage sind, für sich zu sorgen, ohne das dies gleich diejenigen wären, die sich in der sozialen Hängematte ausruhen wollen. Hier müssen wir uns vor Augen halten, dass Liberalismus heißt, Lebenschancen zu bieten.

Aktuelles aus den Delegationen

Besuch einer Delegation kroatischer Abgeordneter in Brüssel

Am 11. Oktober besuchte eine Delegation kroatischer Abgeordneter das Europäische Parlament. Dies war bereits das zweite Zusammenkommen in diesem Jahr nach einer Sitzung in Dubrovnik im Frühling. Tags darauf gab die Europäische Kommission offiziell grünes Licht für den Beitritt Kroatiens. Am 9. Dezember soll das Beitrittsabkommen von der EU und Kroatien unterzeichnet werden, wofür auch die Zustimmung des Europäischen Parlaments notwendig ist. Ab diesem Zeitpunkt erhält eine begrenzte Anzahl kroatischer Abgeordneter Beobachterstatus im Europäischen Parlament. Die Kommission wird auch weiterhin halbjährliche Fortschrittsberichte veröffentlichen und speziell hinsichtlich der bis zuletzt kritischen Themen (Korruption, Ernennung von Richtern sowie die Reform des Justizsystems) ein sogenanntes "Monitoring" durchführen. Dieses sollen von regelmäßigen Berichten der kroatischen Seite vervollständigt werden. Auch wenn Schwierigkeiten bei der Anwendung des gemeinschaftlichen Besitzstands nicht zu erwarten sind, behält sich der Rat die Möglichkeit vor, Bedenken zu äußern und Frühwarn-Briefe auszusenden, um die kroatische Regierung auf Missstände aufmerksam zu machen. Ein Schengen-Beitritt wird für 3 Jahre nach dem endgültigen Beitritt angestrebt.

Überdies stehen in Kroatien Parlamentswahlen an, die wahrscheinlich am 4. Dezember stattfinden. Es wird davon ausgegangen, dass es dabei zu einem Regierungswechsel zugunsten der sozialdemokratischen Partei kommt. Alle Parteien haben sich jedoch dafür ausgesprochen, die EU-Integration weiterzuführen, so dass dies keine Auswirkungen auf den Beitritt haben wird. Auch die Informationskampagne hinsichtlich des noch ausstehenden Referendums zum EU-Beitritt wird von allen Parteien unterstützt. Umfragen in Kroatien zufolge unterstützen inzwischen 58% der Bürger das europäische Projekt.

Aktuelles aus dem Wahlkreis

Besuchergroupe in Straßburg

Vom 23. bis 25. Oktober besuchte mich eine Gruppe parteipolitisch interessierter Bürger in Straßburg. Im Rahmen eines Studienseminars konnten sie Einblick in aktuelle politische Ereignisse und deren Relevanz für Deutschland gewinnen und die Arbeit der Europaabgeordneten hautnah miterleben. Neben einer Führung durch das Europäische Parlament, einschließlich der Besichtigung des Plenarsaals und einem gemeinsamen Gespräch mit mir, stand ein Besuch des Europäischen Gerichtshofs und eine Stadtführung auf dem Programm. Ich habe mich gefreut, meinen Besuchern Europa ein Stückchen näher zu bringen und wäre auch über Ihren Besuch in Brüssel oder Straßburg erfreut. Wie schon in meinem letzten Newsletter erwähnt, wurde erst kürzlich das neue Besucherzentrum, das "Parlamentarium", in Brüssel eröffnet. Ein hochmodernes, interaktives und für 23 Sprachen ausgelegtes Erlebnis.

Oktoberfest in Brüssel

Am 11. Oktober hieß es auch in Brüssel "O'zapft is!". Dank der Organisation durch die Bayerische Landesvertretung in Brüssel und die Unterstützung engagierter Sponsoren konnten auch die Europäer aller Nationen vom Münchner Bier, bayerischen Spezialitäten und musikalischer Unterhaltung profitieren. Bevor es allerdings zum Anstich kam, gab es einen kleinen Festzug von der Bayerischen Vertretung zum Bierzelt und auch die Besucher selbst ließen es sich nicht nehmen, in Dirndl und Trachten aufzuwarten.

Was macht eigentlich das Büro von MdEP...?

Sophie In't Veld ist Mitglied der Niederländischen D66, einer sozial-liberalen Partei innerhalb der ALDE-Gruppe. D66 steht für "Demokraten '66" und bezieht sich auf die Bewegung junger, progressiver Intellektueller, die diese Partei 1966 gegründet haben, um verkrustete Strukturen aufzubrechen und das politische System der Niederlande zu reformieren. Sophie in't Veld ist eine überzeugte und leidenschaftliche Europäerin, die sich für die liberalen Werte der Aufklärung einsetzt. Die Historikerin ist stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE), Mitglied des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter (FEMM), und stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON). Außerdem beschäftigt sie sich mit Schwulen- und Lesbenrechten, Rechte der sexuellen und reproduktiven Gesundheit, HIV, Aids und Entwicklung und sie ist Mitglied des Sonderausschusses über die Finanz-, Wirtschafts- und Sozialkrise (CRIS). Für meinen Newsletter hat sie folgende Fragen beantwortet:



1. Sie haben soeben den International Humanist Award 2011 in Oslo erhalten. Als Verfechterin humanistischer Werte in Europa, aber auch in der Europäischen Außenpolitik, beschäftigen Sie sich bspw. mit Müttergesundheit. Auf einer Konferenz konfrontierte sie eine junge Frau mit der Aussage: "Verhütung tötet Babys. Helft den Müttern, aber gebt ihnen keine Verhütungsmittel". Was denken Sie in Momenten wie diesen? Wie kann die Politik notwendige Veränderungen in Gesellschaften bewirken, in denen Menschenrechte mit Tradition kollidieren?

Themen, die sich mit sexueller und reproduktiver Gesundheit und den damit verbundenen Rechten, mit Gender und Familienangelegenheiten, mit Frauenrechten und LGBT Rechten (Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender) beschäftigen, gehören zu den sensibelsten in der Politik. Streng genommen hat die EU keine Befugnisse im Familienrecht und damit verbundenen Themen, und dennoch werden wir damit konfrontiert. Zum Beispiel: Obwohl das Heiratsrecht eine nationale Angelegenheit ist, müssen wir uns im Kontext von EU-Familienzusammenführungsgesetzen mit einer gemeinsamen europäischen Definition von "Familie" beschäftigen. Andere Beispiele: Schwangerschaftsurlaub ist nicht nur eine Angelegenheit nationaler Sozialpolitik, sondern auch ein Wettbewerbsfaktor auf dem gemeinsamen Markt. Wenn Abtreibung in einem Mitgliedsstaat legal ist und ein ernsthaftes Vergehen in einem anderen, wie können wir das in einem gemeinsamen Raum der Zusammenarbeit im Justiz- und Polizeiwesen in Einklang bringen? (Erst kürzlich hat die Europäische Kommission Ungarn verwarnt, weil es EU-Subventionen für eine Pro-Life Kampagne verwendet hat). Und sollte die EU die von HIV-Aids Initiativen unterstützten Kondome verurteilen?

Andere Themen, wie Kohle und Stahl, Strukturmittel, Wirtschaftsquoten werden innerhalb der Gemeinschaft geregelt. Solche Themen können über einen Kompromiss von den Mitgliedsstaaten ausgehandelt werden. Aber ethische Fragen erfordern den Konsens der Menschen, der Bürger. Wir müssen unsere gemeinsamen Werte als Bürger von Europa etablieren. Das ist nicht einfach, wie das in der Frage beschriebene Beispiel zeigt. Aber diese Debatten waren nie einfach, auch nicht auf nationaler Ebene. Ich denke, in Europa ist das nicht anders. Es wird keine einfache Debatte, aber wenn wir es schaffen diese gemeinsamen Werte zu definieren, dann denke ich, haben wir den Test als Wertegemeinschaft bestanden.

2. Die Datensicherung und darüber auch der Schutz der Privatsphäre des Bürgers ist ein weiterer Schwerpunkt von Ihnen. Sie waren sehr besorgt über den Transfer von Passagiernamensregistern an US-

Behörden, auch, weil dies im Konflikt mit EU-Recht steht. Kürzlich haben Sie die Aufmerksamkeit der Kommission auf die neue Facebook Phonebook-Anwendung gelenkt. Muss Facebook stärker zur Verantwortung dafür gezogen werden, was es mit seinem großen Vorrat an privaten Daten macht und wie kann die EU in dieser Angelegenheit tätig werden?

Die Themen Privatsphäre und Datenschutz sind breit, breiter als wir uns das heute vorstellen können. Die Technologie schreitet so schnell voran, dass wir mit der Politik nicht mehr hinterherkommen. Was letztlich zählt, ist, dass wir die individuellen Freiheiten und Bürgerrechte schützen. Es macht wenig Sinn, detaillierte Regeln darüber auszuarbeiten, was eine Firma oder eine Regierungsorganisation speichern darf und für wie lange. Was zählt, ist der Zweck, zu dem die Daten genutzt werden können. Ob die Daten zu Profilen kombiniert werden können und daraufhin Maßnahmen auf der Basis dieser Profile ergriffen werden. Was zählt, ist die Position des Nutzers bzw. Bürgers gegenüber Unternehmen/öffentlichen Stellen. Die Datensicherung ist Bestandteil des Fortschritts und wir profitieren enorm davon. Aber wir müssen sicherstellen, dass wir vor Missbrauch und Fehlern geschützt werden.

3. Lange Zeit war das wahre Ausmaß der griechischen Staatsverschuldung nicht bekannt, weil falsche Zahlen überliefert wurden, um vorzugeben, dass das Land die Konvergenzkriterien der EU-Richtlinien zur Geldpolitik erfüllt. Das Europäische Parlament hat gerade das sogenannte Sixpack verabschiedet, eine Serie wirtschaftspolitischer Regelungen, die u.a. auf mehr Vorbeugung und die Möglichkeit einer Korrektur abzielen. Durch unsere gemeinsame Währung haben wir eine gemeinsame Verantwortung. In welcher Art und Weise wird unter den neuen Regeln Transparenz sichergestellt? Ist es jetzt schwieriger zu schummeln?

Die Regeln werden weiter verschärft und das war lange überfällig. So etwas wie eine griechische Krise gibt es nicht. Wir haben eine europäische Krise. Es ist nicht eine wirtschaftliche, sondern eine politische Krise. Wir wussten seit langem, dass die griechischen Berichte geschmeichelt waren, um es mal milde auszudrücken (nebenbei: viele andere Länder nutzten ähnliche Berechnungstricks, aber sie haben bequemerweise ihre eigenen Sünden vergessen). Bereits 2004 deckte die Kommission das auf und fragte nach mehr Rechten, um die Länderstatistiken zu verifizieren. Aber die Mitgliedsländer widersprachen dem alle einstimmig: Sie zogen es vor, sich gegenüber dem Problem in Griechenland blind zu stellen, anstatt der EU zu erlauben, die Berichte aller Mitgliedsstaaten zu überprüfen. In der Tat waren es im darauf folgenden Jahr Deutschland und Frankreich, die die Liste der Stabilitätspaktsäumerer

Newsletter aus Europa No. 24 (Oktober 2011)

anführten und ihn weiter geschwächt haben. Deshalb war die Basis der Eurozone schwach, und wir alle wussten es. Aber Nationalismus und Euroskeptizismus haben uns davon abgehalten die Eurozone mit starken Governance-Strukturen zu versehen. Zehn Jahre lang hat uns eine boomende Wirtschaft erlaubt, vor uns hin zu dösen und die Situation zu ignorieren. Jetzt müssen wir uns den Konsequenzen unseres Versagens stellen und die Themen angehen. Das Sixpack wird die Lage verbessern. Aber was wirklich notwendig ist, um das Vertrauen in die Eurozone wiederherzustellen, ist nicht der x-te Plan, der dann 17 oder 27 Vetos bekommt, sondern die Eurozone mit einer echten Wirtschaftregierung zu versehen, die dem Europäischen Parlament verantwortlich ist und unter seiner demokratischen Prüfung steht. Wenn die nationalen Führungsspitzen nicht den politischen Willen und Mut haben dies zu tun, macht es wirklich nichts mehr aus, wie hoch die Rettungszahlungen sind oder wie hübsch die Pläne von "Merkozy". Die Märkte werden das Vertrauen nicht zurückerlangen. Wir sollten uns nicht vor einem starken, handlungsfähigen Europa fürchten. Es ist die beste Garantie für unsere Lebensqualität.

4. Als Mitglied des Europäischen Parlamentes, das die Niederlande und seine Bürger repräsentiert, welche größeren Herausforderungen oder Möglichkeiten hält die EU für Ihr Land oder Ihre Region bereit?

Mein Land hat enorm von der EU-Mitgliedschaft profitiert. Für eine Nation, die vor allem auf Handel, Logistik und

Service basiert, ist ein offener EU-Markt überlebenswichtig für unsere Wirtschaft. Aber heutzutage ist unsere Stimmung zutiefst euroskeptisch. Das ist extrem beängstigend für die niederländische Wirtschaft.

Eine andere Herausforderung, der wir gegenüberstehen, ist die zwingende Notwendigkeit für Reformen. Reformen auf dem Arbeitsmarkt, dem Hausmarkt, Renten. Wir müssen in Wissen und Bildung investieren. Aber die Niederlande sind reform-unwillig und nostalgisch geworden. Das Land leidet unter Stagnation und Stillstand. Wir haben so viel zu bieten, so viel Talent, so viel Energie. Aber diese Chancen liegen brach, wenn die Leute Angst haben, sie zu ergreifen.

5. Wenn Sie die Bürger in Bayern in zwei Sätzen überzeugen könnten, ihren Wahlkreis zu besuchen, welches wären Ihre Argumente?

Ich würde es lieben, unsere bayerischen Freunde persönlich zu empfangen! Ich würde es lieben, ihnen großartige, innovative, nachhaltige Projekte und Entwicklungen zu zeigen. Ich würde ihnen gerne zeigen, wie die Niederlande immer innovativ und kooperativ sein mussten, in ihrem Kampf gegen die Gezeiten (die Hälfte des Landes liegt unterhalb des Meeresspiegels). Ich würde es lieben, ihnen die reizenden niederländischen Landschaften zu zeigen, und auch das freie, liberale Leben in den großen Städten. Und am Ende des Tages würde ich meine bayerischen Freunde in einen niederländischen Pub einladen und ihnen zeigen, dass auch wir ein anständiges Bier brauen können!

Termine - Rückschau*

30. Sept.	Gespräch mit dem Vorstand des Süddeutschen Verlags zur Medienpolitik	München
03.-05. Okt.	Hans Peter Vollmann als Hospitant der bayerischen Wirtschaftsunioren im Brüssler Abgeordnetenbüro	Brüssel
06. Okt.	Netzpolitisches Frühstück des Verbands der deutschen Internetwirtschaft	Brüssel
06. Okt.	Referentin bei der Auslandsgruppe der FDP zum Thema „Sozialpolitik“	Brüssel
11. Okt.	Treffen des Joint Parliamentary Committee EU-Kroatien	Brüssel
11. Okt.	Business Lunch mit Vertretern der Bayerischen Wirtschaft	Brüssel
11. Okt.	Eröffnung des Oktoberfests in Brüssel	Brüssel
12. Okt.	Gemeinsames Treffen der FDP im EP mit dem Generalsekretär des Rates, Uwe Corsepius	Brüssel
14. Okt.	Gespräch mit Vertretern der Abteilung Medien im Wirtschaftsbeirat der Union Bayern	München
14. Okt.	Treffen mit Vertretern des Landesvorstand der Jungen Liberalen Bayern zu programmatischen Gesprächen	München
14. Okt.	Programmatische Stadthauptversammlung des Stadtverbands München	München
18. Okt.	Schirmherrin der Veranstaltung mit CCME zum Menschenhandel	Brüssel
19. Okt.	Schirmherrin der Veranstaltung mit Medienunternehmen und-verbänden zur Rolle der Werbung	Brüssel
20. Okt.	Öffentliche Anhörung zum Thema Asyl und Neuansiedlung	Brüssel
23.-25. Okt.	Besuchergruppe aus dem Wahlkreis in Straßburg	Straßburg

Newsletter aus Europa No. 24 (Oktober 2011)

Termine - Vorausschau*

28. Okt.	Veranstaltung zu 40 Jahre Freiburger Thesen	Starnberg
31. Okt.	Treffen mit ProSiebenSat1 Media AG	München
31. Okt.	Treffen mit dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels	München
04.-06. Nov.	Landeskongress der Jungen Liberalen Bayern	Erlangen
07. Nov.	Get-Together mit Unternehmen und IHK-Vertretern aus Deutschland	Brüssel
08. Nov.	50 Jahrfeier von ENPA (European Newspaper Publishers Association)	Brüssel
09. Nov.	Schirmherrschaft einer Konferenz zu Psychologie in Europa organisiert von EFPA, European Federation of Psychologists Associations	Brüssel
10. Nov.	Dahrendorf Symposium	Berlin
11.-13. Nov.	FDP Bundesparteitag	Frankfurt

*Dies ist nur eine Auswahl von Terminen

Aus dem "EU-Jargon"

Noisette

Was sich anhört wie eine Praline mit einer Füllung aus Haselnusscreme hat in Wahrheit nichts mit Nuss oder Schokolade zu tun. Wer an den Theken der Mickeymouse- oder Skybar im Europäischen Parlament nach einer Noisette fragt, bekommt eine kleine Tasse doppelten Espresso mit einem Klecks weißen Milchschaums serviert. Woher der Name Noisette kommt, weiß keiner mehr so genau, aber es darf spekuliert werden: Von der kleinen Tasse und dem haselnussbraune Ring, da wo Milchschaum und duftender Espresso aufeinander treffen, vielleicht?



Kontakt & Impressum

Kontakt - Europa & Impressum

Nadja Hirsch, MdEP
60, rue Wiertz, ASP 10G158
B-1047 Brüssel, Belgien
Tel.: +32 2 28 45573
nadja.hirsch@europarl.europa.eu
www.europahirsch.eu

EMPL-Ausschuss: Ruth Steinhoff
LIBE-Ausschuss: Tobias Franke
CULT-Ausschuss: Nina Elzer
Presse & Öffentlichkeit: Nina Elzer

V.i.S.d.P. Nadja Hirsch, MdEP

Diesen Newsletter können Sie jederzeit abbestellen mit kurzer E-Mail an nina.elzer@europarl.europa.eu

Kontakt - Wahlkreis

Europabüro München
Kontaktperson: Claudia Kunze
Rindermarkt 6, D-80331 München
Tel.: +49-89-126009-22
Fax: +49-89-126009-30

Europabüro Nürnberg
Hallplatz 15-19
D- 90402 Nürnberg

wahlkreis@europahirsch.eu
www.europahirsch.eu